

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0314 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
18.03.2010

Öffentliches Wissen sinnvoll verknüpfen

Zum heute endenden Leipziger Kongress für Information und Bibliothek und der Entscheidung mehrerer großer deutscher Bibliotheken, ihre Katalogdaten zur freien öffentlichen Nutzung ins Netz zu stellen, erklären **Dr. Konstantin von Notz**, Sprecher für Netzpolitik, und **Agnes Krumwiede**, Sprecherin für Kulturpolitik:

Die Entscheidung der Bibliotheken ist nicht nur ein Paradigmenwechsel, sie verdient Anerkennung und erfährt unsere volle Unterstützung. Dass bereits weitere Bibliotheken angekündigt haben, auch ihre Bestände im Netz bereitstellen zu wollen, begrüßen wir ausdrücklich und fordern auch andere öffentliche Einrichtungen auf, es ihnen gleich zu tun. Die Freigabe bibliographischer Daten ist ein wichtiger Schritt für die Stärkung der öffentlichen Güter in der Digitalen Gesellschaft.

Die Veröffentlichung ist sowohl für die Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Bibliotheken ein Gewinn. Die Nutzerinnen und Nutzer können weltweit auf die Daten zugreifen. Die Digitalisierung von bibliographischen Beständen ist aber auch eine wichtige Ergänzung des Angebotes von Bibliotheken. Auch wenn die Erfahrung eines persönlichen Besuchs in einer Bibliothek durch die Digitalisierung nur zum Teil ersetzt werden kann, können die Bibliotheken ihrem ursprünglichem Auftrag, ihr Wissen mit möglichst vielen Personen unter möglichst geringen Beschränkungen zu teilen, so besser gerecht werden. Die Veröffentlichung unter CC0-Lizenz ermöglicht es, die Inhalte weiter zu verarbeiten und so vorhandenes Wissen sinnvoll zu verknüpfen.

Gerade in Zeiten, in denen Werke und Daten oftmals unter rein finanziellen Gesichtspunkten betrachtet werden, ist die Freigabe von solchen öffentlichen Beständen ein Gebot der Stunde. Die Bereitstellung von Daten, deren Erstellung erst durch öffentliche Mittel ermöglicht wurde, darf sich künftig jedoch nicht bloß auf Bibliotheken beschränken. Während es uns andere Länder vormachen und ihre staatlichen Daten-Bestände für die Öffentlichkeit nutzbar machen, gibt es in Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf. Der nun eingeschlagene Weg für mehr Transparenz und Partizipation muss daher konsequent fortgesetzt werden.